

## **Öffentliche Stellungnahme** **des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend [solid]** **zum Abstimmungsverhalten von 25 Mitgliedern der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

### Die Antikriegsposition der LINKEN bröckelt – Vorbereitungen für Rot-Rot-Grün

Der Landesverband Hamburg der Linksjugend [solid] hat mit Entsetzen zur Kenntnis genommen, dass sich bei der Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung zur „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen“<sup>i</sup> 25 Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE enthalten haben.

Es gibt unseres Erachtens nach keinen vernünftigen Grund, sich als PolitikerIn der Partei DIE LINKE bei einer solchen Abstimmung zu enthalten – es sei denn, man will eine Aufweichung der antimilitaristischen und friedenspolitischen Parteilinie und -beschlüsse erreichen, um die Linkspartei regierungsfähig zu machen. Hieß es noch vor kurzem: „Der letzte Widerspruch kommt von der Fraktion DIE LINKE“, verebbt dieser Widerspruch anscheinend schneller, als gedacht.

#### **Das Märchen vom „friedenserhaltenden Einsatz“<sup>ii</sup> - Der Sudan als Schauplatz für neoimperialistische Politik**

Es ist zwar richtig, dass die UNMIS im Sudan keinen offenen Krieg führt. Sie ist jedoch keineswegs eine „Friedensmission“, sondern Teil einer Politik, mit der neoimperialistische Interessen u.a. Deutschlands und der USA im rohstoffreichen Sudan durchgesetzt werden sollen. Das Land ist zu einem Schauplatz für geopolitische Konflikte zwischen den USA und China geworden. Außerdem versucht auch Deutschland, seinen Einfluss in Afrika weiter auszudehnen und betreibt im Sudan gnadenlose Interessenpolitik, wie Horst Köhler sie erst kürzlich offen formuliert hat.<sup>iii</sup>

Der Einsatz deutscher SoldatInnen leistet Beihilfe zu einer Art „Balkanisierung“ des Landes, d.h. es wird eine Abspaltung des rohölreichen Südsudan vom Rest des Landes forciert und auf eine politische und ökonomische Kooperation mit diesem Teil des Landes hingearbeitet. Warum?

Der Sudan gehört zu einem der relevantesten Länder mit mittelgroßen Ölvorkommen. Das vorrangig im Südsudan gelegene Rohöl wird momentan von der Zentralregierung in Khartum kontrolliert, die u.a. mit China kooperiert: China ist nach Japan Hauptbezieher des sudanesischen Öls. Die Ölabfuhr erfolgt über Port Sudan am Roten Meer, weitgehend unter chinesischer Regie. Dieses Engagement ist Teil des chinesischen Interesses, den Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent auszuweiten und seinen Ölbedarf abzusichern.

Von der Unterstützung eines politisch eigenständigen Südsudan erhoffen sich die USA und Westeuropa, China als Kontrolleur des Rohöls im Sudan zu isolieren und das Regiment selbst zu übernehmen. Ein mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut aufflammender Bürgerkrieg wird dabei billigend in Kauf genommen: Gegen die Aufrüstung des Südsudan unternehmen die angeblich auf den Frieden orientierten UN-Truppen und die westlichen „Friedensmächte“ jedenfalls nichts.<sup>iv</sup>

Deutschland leistet neben der Stationierung von Soldaten einen weiteren nicht unerheblichen Beitrag zur Abspaltung des Südens von der Regierung in Khartum. Der Süden besitzt momentan keine eigenständige Möglichkeit, das Rohöl außer Landes zu transportieren und zu vermarkten. Er ist dafür bislang auf den mit China kooperierenden Norden angewiesen. Die norddeutsche Firma Thormählen Schweißtechnik will an dieser Situation etwas ändern und eine Eisenbahnstrecke vom Ölgebiet im mittleren Süden über die südöstliche Grenze bis zum kenianischen Hafen Mombasa bauen. Später soll eine Pipeline hinzukommen. Durch die Umsetzung solcher Bauvorhaben verlören asiatische Ölfirmen ihr Monopol auf das sudanesisches Öl, während eine Verschiffungsmöglichkeit für das schwarze Gold existierte, durch die die Abhängigkeit des Süd- vom Nordsudan aufgehoben würde.<sup>v</sup>

Im Sudan tobt also ein Verteilungskampf zwischen verschiedenen neoimperialistischen Mächten.

Die UN-Truppen sichern nicht die Menschenrechte von SudanInnen ab, sondern sie unterstützen die Sezession des Südsudans mit Hilfe des anstehenden Referendums und liefern damit stabile Rahmenbedingungen für die Verfolgung westlicher Interessen. Die UNO ist kein friedfertiger Vermittler im ökonomischen und geopolitischen Machtkampf auf globaler Ebene, sondern ein Akteur der internationalen Politik, mit dessen Hilfe sich je nach Kräftekonstellation in unterschiedlichem Maße auch imperialistische Politik betreiben lässt. Wie wankelmütig die Positionen der UN z.B. zum Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, zeigt sich an den klassischen Fällen Kurdistans, des Baskenlandes oder Palästinas.

Um die „UN-Mission“ im Sudan zu rechtfertigen, wird der Konflikt durch eine kulturkämpferische Propaganda verklärt: der Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan sei ausschließlich ein Konflikt zwischen Arabern und Schwarzafrikanern, statt ein Krieg um ökonomische und geopolitische Vorteile bzw. Einflusszonen. Die USA und Westeuropa – welch' Wunder – positionieren sich gegen den muslimischen Teil der sudanesischen Bevölkerung. Dieses Bild passt perfekt in das gängige Muster des „Krieges gegen den Terror“.

### **DIE LINKE darf ihre Position nicht aufweichen!**

„*Es ist schon ein starkes Stück, mit welcher Perfidie hier ökonomische Interessendurchsetzung mit humanitären Motiven bemäntelt wird*“.<sup>vi</sup> Es ist auch ein starkes Stück, dass sich DIE LINKE nicht einheitlich dagegen positioniert. Wer sich bei einer Abstimmung über die Verlängerung des Einsatzes deutscher BundeswehrsoldatInnen im Sudan enthält, unterstützt objektiv die vorgeschobenen Argumente für eine neoimperialistische Politik und stellt sich deutlich gegen die Position der Partei DIE LINKE. DIE LINKE lehnt alle Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland kategorisch ab. Wenn sich Abgeordnete nicht an die gemeinsam getroffenen Beschlüsse und die inhaltlichen Eckpfeiler der LINKEN halten, wie sie in den „programmatischen Eckpunkten“ – dort werden ausdrücklich auch alle UN-mandatierten Einsätze abgelehnt –, sowie im Bundestagswahlprogramm stehen und vom Cottbuser Parteitag bestärkt wurden, dann verlassen sie die Position der LINKEN.

Wir stellen uns nicht auf die Straße, reden mit den WählerInnen und werben für die Friedenspolitik der LINKEN, nur damit sie von unseren Bundestagsabgeordneten mit Füßen getreten wird. Ein solches Verhalten erschüttert nicht nur die Glaubwürdigkeit und Identität der LINKEN. Das Abstimmverhalten der 25 Fraktionsmitglieder, die sich enthalten haben, ist ein Skandal und dient einer schrittweisen Aufweichung der für eine linke Partei elementaren Antikriegsposition, um die eigene Regierungsfähigkeit zu signalisieren!

Wir unterstützen daher die Aufforderung unserer GenossInnen aus NRW an die Fraktionsmitglieder, die sich enthalten haben, auf den Boden der Parteibeschlüsse zurückzukehren und fordern weiter diejenigen, die sich enthalten haben, auf, sich für eine antiimperialistische, antimilitaristische und friedenssichernde Politik einzusetzen.

Landesverband Hamburg der Linksjugend [solid]

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an unsere Pressesprecherin Christin Bernhold:  
01577/8271728

- i <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701902.pdf>
- ii Paul Schäfer: „Warum ich mich bei der Abstimmung über das UNMIS-Mandat wieder enthalten werde“. Erklärung des Verteidigungspolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE.
- iii Jürgen Wagner: „Sudan. Die geopolitische Dimension“. Die ökonomischen und strategischen Interessen Berlins und Washingtons zielen auf die Teilung des Landes.  
<http://www.imi-online.de/download/JW-Sudan.pdf>
- iv <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57572>  
<http://www.imi-online.de/download/JW-Sudan.pdf>
- v <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/steinberg.html>
- vi Tobias Pflüger: Sudan: Mit Volldampf zur nächsten „humanitären Intervention“  
[http://www.dielinke-europa.eu/nc/positionen\\_dokumente/presseerklaerungen/detail/archiv/2004/september/zurueck/pressemeldungen/artikel/sudan-mit-volldampf-zur-naechsten-humanitaeren-intervention/](http://www.dielinke-europa.eu/nc/positionen_dokumente/presseerklaerungen/detail/archiv/2004/september/zurueck/pressemeldungen/artikel/sudan-mit-volldampf-zur-naechsten-humanitaeren-intervention/)